



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
21. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018
am Dienstag, 02.02.2016

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordor Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 18:51 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Ingo Schaffenberg- SPD

Vertretung für: Herrn Sankewitz,
Andreas

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN

Antje Jansen- DIE LINKE

Heidemarie Menorca- CDU

Henning Stabe- CDU

Thomas Thalau- CDU

bis 18.37 Uhr (TOP 12)

bis 18.43 Uhr (TOP 12)

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nil Gersdorf- CDU

Ursula Kehl- Bü90/DIEGRÜNEN

Jean Paul Köpsell- SPD

Natalie Regier- BfL

Joachim Schlitzke- FDP

Ulrike Siebdrat- SPD

Vertretung für: Herrn 2. stv.
Stadtpräsident Klinkel, Rolf

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Aenne Beuck-

Monika Borso-

Dr. Michael Hamschmidt-
Ulrich Kewitz-
Beate Leu-
Sigrid Roggensack-
Elke Sasse-
Anke Seeberger-
Achim Selk-
Matthias Wulf-

Protokollführung

Britta Bormann-

Gäste

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	nur ÖT
Dörte Eitel- Gemeindediakonie Lübeck	nur ÖT
Inga Gottschalk- Forum für MigrantInnen	nur ÖT
Beate Herrmann- Personalrat SIE	nur ÖT
Peter Jugert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT

Entschuldigte Mitglieder

Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD	fehlt entschuldigt
------------------------	--------------------

Mitglieder aus der Bürgerschaft

2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90/DIEGRÜNEN	fehlt entschuldigt
Peter Petereit- SPD	fehlt entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Yavuz Berrakkarasu- Die PARTEI-PIRATEN	fehlt entschuldigt
--	--------------------

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**
- 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 3. Feststellung der Tagesordnung**
- 4. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 01.12.2015**
- 5. Mitteilung des Vorsitzenden**
- 6. Berichte**
- 7. Beschlussvorlagen**
 - 7.1. Soziale Stadt Moising - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme (5.610)
Vorlage: VO/2015/03282
- 8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**
- 9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**
 - 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 02.02.2016
Vorlage: VO/2016/03340
 - 9.2. Aktuelle Situation Asyl
 - 9.3. Unterbringung von Flüchtlingen in der Notunterkunft Geniner Str. 133 (ehem. Praktiker-Markt)
 - 9.4. Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge
 - 9.5. Koordinatoren Flüchtlingsarbeit
- 10. Anfragen/Antworten**
 - 10.1. Gesundheitliche Untersuchung von Asylbewerbern; Anfrage AM Heidi Menorca
Vorlage: VO/2016/03346
 - 10.2. Impfungen bei Flüchtlingen; Anfrage AM Yavuz Berrakkarasu
Vorlage: VO/2016/03351

10.3. Zuständigkeit der Immobilie im Brandenbaumer Feld; Anfrage AM Heidi Menorca
Vorlage: VO/2016/03352

11. Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern

12. Verschiedenes

19. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 21. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Frau Bade (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), Herrn Jugert vom Seniorenbeirat, einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Zum TOP 9.3 (Unterbringung von Flüchtlingen im ehem. Praktiker-Markt) heißt der Vorsitzende Frau Eitel von der Gemeindediakonie Lübeck willkommen.

Herr Sankewitz, Herr Klinkel, Herr Petereit und Herr Berrakkarasu fehlen entschuldigt. Herr Sankewitz wird durch Herrn Schaffenberg vertreten; Frau Kehl vertritt Herrn Klinkel.

Alle anwesenden Ausschussmitglieder wurden bereits nach § 46 Abs. 6 GO verpflichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – Mitteilungen aus dem Fachbereich 2 – wird weiterhin eine Mitteilung zu folgendem Thema gegeben:

9.5 Koordinatoren Flüchtlingsarbeit

Gemäß Nachtragstagesordnung wird die Anfrage von Herrn Berrakkarasu zum Thema „Impfungen bei Flüchtlingen“ dem TOP 10.2 zugeordnet.

Die Anfrage von Frau Menorca zum Thema „Zuständigkeit der Immobilie im Brandenbaumer Feld“ wird unter TOP 10.3 behandelt.

Der Zuordnung der TOPE 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

TOP 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 01.12.2015

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

TOP 5 Mitteilung des Vorsitzenden

5.1 Frühlings-/Faschingsfeste in den SeniorInnenEinrichtungen

Vor Sitzungsbeginn wurden die Termine der Frühlings-/Faschingsfeste der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck umverteilt. Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Ausschusses um rege Teilnahme und Anmeldung bei Frau Roggensack.

5.2 Zeitschrift „Gesunde Städte-Nachrichten“

Vor Sitzungsbeginn wurde die neueste Ausgabe der „Gesunde Städte- Nachrichten“ umverteilt.

5.3 Flyer „Ehrenamtsmesse“

umverteilt

5.4 Flyer Wohngeldreform

umverteilt

5.5 Versand der Ausschussunterlagen in Papierform

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklären die Ausschussmitglieder einvernehmlich, dass ein Versand der Ausschussunterlagen in Papierform weiterhin gewünscht wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6 Berichte

Es liegt nichts vor.

TOP 7 Beschlussvorlagen

TOP 7.1 Soziale Stadt Moisling - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme (5.610) Vorlage: VO/2015/03282

Nach einleitenden Worten beantwortet Herr Selk Fragen von Frau Menorca, Herrn Stabe, Frau Bade und Frau Regier zum Entwurf des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts, u.a. zu Seite 47 (Maßnahmenkatalog/Prioritäten), zu Seite 53 (Verfügungsfonds), zum "Haus der Mitte" und zur geplanten funktionalen und städtebaulichen Aufwertung der "Neuen Mitte Moisling".

Beschlussvorschlag:

- 1. Das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (IEK) Moisling wird zur einheitlichen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling beschlossen und der weiteren Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ verbindlich zu Grunde gelegt.*
- 2. Die aus dem IEK abgeleitete räumliche Abgrenzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling wird als Maßnahmenggebiet gem. § 171e (3) BauGB beschlossen.*

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (12 Ja-Stimmen), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

TOP 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

TOP 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 02.02.2016 Vorlage: VO/2016/03340

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.
Frau Menorca fragt nach dem Sachstand bezüglich ihres Schreibens zum Thema „Sitzungsführung“, das sie in der Sitzung am 03.11.2015 unter TOP 12 zu Protokoll gereicht hatte. Frau Bormann teilt mit, dass nach Rücksprache mit dem Bereich Recht/Frau Voskuhl seitens der Verwaltung kein Handlungsbedarf gesehen wird. Die Anregungen von Frau Menorca seien dem heute nicht anwesenden Vorsitzenden, Herrn Sankewitz, mit der Bitte um weitere Veranlassung zugeleitet worden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.2 Aktuelle Situation Asyl

Herr Kewitz berichtet zur aktuellen Situation zusammenfassend wie folgt:

- 2015: Unterbringung von 2.448 zugewiesenen Flüchtlingen
- Aktuell: 2.379 untergebrachte Flüchtlinge an 45 Standorten, davon 831 Personen in Notunterkünften/gewerblichen Unterkünften
- Januar 2016: leichte Verschnaufpause „auf hohem Niveau“; Unterbringung von 210 Flüchtlingen (November/Dezember 2015: jeweils rd. 500 Personen)
- Ankündigung des Landesamtes: bis März 2016 pro Monat 80-100 unterzubringende Flüchtlinge
- Verteilerschlüssel: beträgt weiterhin 8%
- Aktuell zu den Standorten:
 - nächste Woche Erweiterung der Containeranlage Schlutuper Straße um den 2. Bauabschnitt (= 64 Plätze)
 - Ausbildungspark Blankensee/2. Block (= 80 Plätze)
 - Containerhäuschen am Bornkamp (insges. 200-220 Plätze in 2 Phasen)
 - Container in Schlutup/Fabrikstraße (=60 Plätze)
 - 2 weitere Standorte mit jeweils 120 Plätzen
- zugewiesene Männer = 55% (Abnahme); zugewiesene Frauen = 45 % (Zunahme); überwiegend im Alter von 26-62 Jahren (39 %) und Kinder bis 14 Jahre (34 %), kaum Personen höheren Alters; Herkunft: überwiegend Syrien, Irak, Afghanistan

Auf Nachfrage von Frau Gersdorf erklärt Herr Kewitz, dass ca. 2 Personen pro Monat (freiwillig) in ihre Heimat zurückkehren; ca. 2 % der Flüchtlinge kommen aus dem Balkan.

Herr Kewitz bestätigt auf Anfrage von Frau Menorca, dass die Turnhalle am Stadtpark als eine Unterbringungsmöglichkeit geprüft wurde; eine Nutzung sei jedoch zur Zeit nicht absehbar.

Frau Bade wird auf Nachfrage mitgeteilt, dass bisher alle Flüchtlinge mit Behinderung angemessen untergebracht werden konnten.

Zum Thema „Rückführung von ausreisepflichtigen Flüchtlingen“ (Anfrage von Frau Akyurt) verweisen Herr Kewitz und Herr Senator Schindler auf die Zuständigkeit des Fachbereiches 3; eine Zuständigkeit des Fachbereiches 2 sei allenfalls insofern gegeben, als das Gesundheitsamt über die Reisefähigkeit der Betroffenen entscheidet. Herr Kewitz erklärt, dass mit der von Herrn Bürgermeister Saxe genannten Zahl der in Lübeck aufenthältlichen ausreisepflichtigen Flüchtlinge (1.000) noch keine Aussage darüber getroffen wird, ob diese Personen auch tatsächlich zurückgeführt werden können (z.B. gesundheitliche

Hinderungsgründe).

Herr Kewitz beantwortet weitere Fragen von Herrn Jugert (zur Altersstruktur) und Frau Regier (zum Thema Familienzusammenführung/Verpflichtungserklärung). Es sprechen außerdem Frau Jansen und Herr Schaffenberg.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.3 Unterbringung von Flüchtlingen in der Notunterkunft Geniner Str. 133 (ehem. Praktiker-Markt)

Bezugnehmend auf zahlreiche an Herrn Schaffenberg im Vorwege herangetragene Fragen aus der Öffentlichkeit berichtet Herr Kewitz wie folgt:

Aufgrund der im Herbst/Winter 2015 angespannten Unterbringungssituation wurde beschlossen, die ursprünglich für Transitflüchtlinge vorgehaltenen Räumlichkeiten im ehem. Praktiker-Markt - mangels Alternative - für die zugewiesenen Flüchtlinge zu nutzen. Anfang Dezember 2015 wurden dort innerhalb weniger Tage zunächst 64 Flüchtlinge untergebracht (aktuell: 160 Personen). Im Laufe der Zeit wurde festgestellt, dass diverse Maßnahmen zu treffen waren. So wurden Sanitäranlagen hergerichtet und für Männer und Frauen etagenweise räumlich getrennt, die Heizungsanlage repariert, ein Wachdienst aufgestellt und der Caterer für die Essensbelieferung gewechselt. Es erfolgt eine Vollverpflegung, da das Gebäude eine andere Form der Verpflegung nicht hergibt. Die Flüchtlinge werden von der Gemeindediakonie betreut und durch ehrenamtliche Lehrer an 3 Tagen in der Woche beschult; eine Kinderbetreuung ist in Vorbereitung. Eine Kleiderkammer ist vor Ort.

Täglich erfolgen Kontrollen durch Mitarbeiter des Bereiches 2.500.

Im Ergebnis genügt das Gebäude nun dem Anspruch einer Notunterkunft. Herr Kewitz und Herr Senator Schindler betonen, Personen mit einem besonderen Bedarf (z.B. Schwangere, Familien mit kleinen Kindern) sollen bevorzugt ausziehen können; die Notunterkunft solle möglichst schnell wieder freigezogen werden; es werde mit Hochdruck versucht, Alternativen zu finden.

Frau Eitel führt ergänzend zu den o.a. Fragestellungen aus der Öffentlichkeit folgendes aus: Aufgrund des bestehenden kirchlichen Tarifvertrages war bisher eine Einstellung von Menschen, die nicht der Kirche angehören, nicht möglich. Allerdings können nun Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden; Frau Eitel stellt in diesem Zusammenhang klar, dass diese nicht schlechter bezahlt werden.

Es wird keine pro-Kopf-Pauschale für die Flüchtlinge gezahlt; der Betreuungssatz beträgt 1:40.

Der Vorsitzende erteilt Frau Pajewski (aus dem Publikum), einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin (u.a.) in der Geniner Straße, das Wort. Die derzeitige Situation sei für alle Betroffenen soweit zufriedenstellend.

Es sprechen Frau Bade (zum Thema Verpflegung), Frau Jansen (mangelnde Information des Ausschusses für Soziales, Mittelverwendung, Nutzungsdauer), Frau Akyurt („Mangel an Transparenz“, Integrationsbeschulung), Frau Gersdorf (sexuelle Übergriffe auf Frauen) sowie Frau Regier, Frau Menorca und Herr Senator Schindler.

Herr Schaffenberg erklärt, die Situation sei von einigen wenigen Personen im Internet „skandalisiert“ worden; ein derartiger Aktionismus dürfe nicht unterstützt werden: Dies sei kein angemessener Umgang mit der Gemeindediakonie und der Hansestadt Lübeck.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.4 Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Frau Leu führt folgendes aus:

Bereits im Sozialausschuss vom 02.12.2015 wurde berichtet, dass nunmehr die eGK für Flüchtlinge eingeführt werden soll.

Am 13.10.2015 hat das Land SH mit den Krankenkassen eine Rahmenvereinbarung geschlossen.

Mit Erlass vom 29.12.2015 hat das Land per Weisung die HL verpflichtet, die Rahmenvereinbarung anzuwenden und die elektronische Gesundheitskarte einzuführen. Zuständig für die Hansestadt Lübeck ist die DAK. Die Gemeindediakonie wurde ebenfalls eingebunden.

Nach einem ersten Gespräch am 20.11.2015 ist es in guter Zusammenarbeit mit der DAK gelungen, dass von ca. 2000 Flüchtlingen, die zum 01.01.2016 anspruchsberechtigt sind, zum 28.12.2015 ca. 1.600 Flüchtlinge einen Behandlungsschein von der DAK zugestellt bekommen haben. Die restlichen Flüchtlinge haben nach und nach ihren Behandlungsschein zugesandt bekommen. Probleme gab es teilweise, weil die Flüchtlinge in der Zwischenzeit die Unterkunft gewechselt haben und bei Angehörigen gab es technische Probleme bei der Datenübermittlung.

Wöchentlich werden die Neuankömmlinge der DAK gemeldet. Es wird an einer technischen Möglichkeit gearbeitet, die Daten sofort nach Eingabe an die DAK zu übermitteln.

Mittlerweile konnte auch ein Teil der erforderlichen Fotos an die DAK übermittelt werden, so dass zu erwarten ist, dass zum Ablauf des ersten Quartals alle Flüchtlinge auch die eGK besitzen. Erste Gesundheitskarten wurden bereits versandt.

Flüchtlinge, die auf eine sofortige ärztliche Behandlung angewiesen sind, erhalten vorübergehend einen Krankenschein vom Bereich 2.500.

Auf Nachfrage erläutert Frau Leu, dass die Gesundheitskarte bis zu 15 Monate ab Meldung bei der DAK gültig ist. Die Verwaltung erhofft sich durch die Einführung eine erhebliche Einsparung an Verwaltungsaufwand.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.5 Koordinatoren Flüchtlingsarbeit

Frau Seeberger informiert, dass beide ‚Koordinierungsstellen zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen‘ zwischenzeitlich besetzt sind, die Stellen sind der ‚Stabsstelle Integration – Koordinierung Flüchtlingsarbeit‘ zugeordnet. Es sind zwei -bis 06/2018 befristete- Vollzeitstellen, die zu 100 % aus Landesmitteln refinanziert werden. Frau Szczepanski-Müller hat die Koordinierungstätigkeit bereits am 18.01.2016 begonnen, Herr Köhler wird seine Tätigkeit am 01.03.2016 aufnehmen. Eine ausführliche Vorstellung über die Aufgaben der KoordinatorInnen ist im nächsten Ausschuss am 01.03.2016 vorgesehen. Vereinfacht gesagt werden in einem ersten Schritt in 5 Handlungsfeldern: 1. Wohnen, 2. Sprachförderung, 3. Integration in Ausbildung und Arbeit, 4. Ehrenamt und 5. Freizeit/Vereine/Sport, Integrationsangebote ermittelt und in einer sog. Integrationslandkarte dargestellt, die Protagonisten werden in Netzwerken zusammen geführt und mit diesen gemeinsam in einem Folgeschritt ein Konzept zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen erstellt.

Im Zusammenhang mit dem Handlungsfeld ‚Ehrenamt‘ wurde bereits am 30.01.2016 im Kolosseum eine sehr erfolgreiche Auftaktveranstaltung mit ca. 150 Interessierten durchgeführt, mit dem Ziel, die Ehrenamtler untereinander zu vernetzen. Eine zukünftige Koordinierungsstelle für die ehrenamtliche Begleitung von Flüchtlingen wird angestrebt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10	Anfragen/Antworten
---------------	---------------------------

TOP 10.1	Gesundheitliche Untersuchung von Asylbewerbern; Anfrage AM Heidi Menorca Vorlage: VO/2016/03346
-----------------	--

Anfrage:

Wie lange dauert es (im Durchschnitt und maximal), bis die gesundheitliche Untersuchung von abgelehnten Asylbewerbern stattgefunden hat?

Welche Erkrankungen verhindern eine Rückführung abgelehnter Asylbewerber?

Wer übernimmt die Kosten für die ärztliche Versorgung abgelehnter Asylbewerber?

Wird eine Rückführung automatisch durchgeführt, wenn der Erkrankte genesen ist?

Wie wird mit chronisch Kranken im Fall der Ablehnung des Asylantrages verfahren?

Welche Maßnahmen sind gesetzlich vorgesehen, wenn eine ansteckende Krankheit in öffentlichen Einrichtungen der Flüchtlingsaufnahme aufgetreten ist (Meldepflicht)?

Bei welcher Krankheit ist Isolation der Person vorgeschrieben und/oder sind besondere Hygienemaßnahmen einzuleiten?

Wie werden Kontaktpersonen oder Helfer präventiv vor einer Ansteckung geschützt? Welche Impfungen sind für Kontaktpersonen oder Helfer vorgeschrieben/vorgesehen?

Die Antwort des Gesundheitsamtes/H. Dr. Hamschmidt zu dieser Anfrage ist in dem als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten Vermerk zusammengefasst.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10.2	Impfungen bei Flüchtlingen; Anfrage AM Yavuz Berrakkarasu Vorlage: VO/2016/03351
-----------------	---

Anfrage:

Gibt es ein koordiniertes Vorgehen bei der Erhebung und Vervollständigung des Impfstatus der Flüchtlinge?

Wie ist der bisherige Impfstatus von Flüchtlingen aus verschiedenen Herkunftsländern?

Wann werden Impfplücken geschlossen?

- in den EAE in Lübeck

- in kommunalen Unterkünften

insbesondere im Hinblick auf die Sprachbarrieren und in Unkenntnis des deutschen Gesundheitswesens

Herr Dr. Hamschmidt teilt folgendes mit:

Die Erhebung des Impfstatus erfolgt in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen auch soweit wie möglich Impfungen vervollständigt werden.

In den kommunalen Unterkünften erfolgt die medizinische Versorgung wie bei den gesetzlich krankenversicherten Menschen über die niedergelassene Ärzteschaft und die Institutsambulanzen. Dies bedeutet, dass dort eventuell noch fehlende Impfungen angeboten werden.

Das Gesundheitsamt bietet ergänzend dazu Schutzimpfungen an, auch in aufsuchender Form.

Der Impfstatus ist je nach Herkunftsland und der dort bestehenden medizinischen Versorgung sicherlich unterschiedlich. Eine Spezifikation ist nicht möglich.

Die Sprachbarrieren sind teilweise mit Dolmetschern zu überwinden, und eine generelle Kenntnis zu Schutzimpfungen ist bei den Flüchtlingen vorhanden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10.3	Zuständigkeit der Immobilie im Brandenbaumer Feld; Anfrage AM Heidi Menorca Vorlage: VO/2016/03352
-----------------	---

Anfrage:

Der Betrieb des Mehrgenerationen Haus im Brandenbaumer Feld führt durch die Zuständigkeit von 2 Fachbereichen zu Schwierigkeiten in den Betriebsabläufen und somit auch zur Unzufriedenheit der Nutzer.

Welche Möglichkeiten für die Beseitigung dieser Schwierigkeiten sieht die Verwaltung?

Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die Verwaltung und Betreuung der Gesamtimmobilie (früheres Jugendheim und Erweiterung MGH) durch einen Fachbereich vorzunehmen?

Herr Senator Schindler verweist auf die Zuständigkeit des Fachbereiches 4 sowie auf das „Verantwortungsschaubild“ für das Mehrgenerationenhaus, das dort bereits vorliegt und der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 11	Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern
---------------	---

Es liegt nichts vor.

TOP 12	Verschiedenes
---------------	----------------------

Frau Bade kritisiert, dass es keine Vergünstigungen für Schwerbehinderte bei den Eintrittspreisen für die Museen mehr gibt.

Herr Stabe sagt zu, die Angelegenheit mit in den dafür zuständigen Kulturausschuss zu nehmen.

Herr Wulf betont in diesem Zusammenhang, dass die von Frau Bade angesprochene Thematik in keinem Zusammenhang mit der eingeführten LübeckCard steht.

Frau Menorca bittet darum, das DRK und die Johanniter zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, damit diese über ihre Flüchtlingsarbeit auf dem Volksfestplatz berichten. Herr Senator Schindler sagt dies zu.

Ebenso möge Frau Sasse anwesend sein.

Frau Regier wünscht zur nächsten Sitzung einen mündlichen Sachstandsbericht zu den städtischen SIE.

Herr Senator Schindler sichert dies zu und erwähnt in diesem Zusammenhang, dass die SIE Schönböckener Straße derzeit nahezu zu 100% ausgelastet ist.

Herr Stabe verlässt die Sitzung um 18.37 Uhr; Herr Thalau geht um 18.43 Uhr.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 2. März 2016

gez.

Ingo Schaffenberg
Vorsitzender

gez.

Britta Bormann
Protokollführung